



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/21 - 25.1.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

| | |
|---|------|
| Saar-Hoffmann verschleudert Reichsbesitz | S. 1 |
| Kefauver - die Hoffnung der fortschrittlichen USA | S. 3 |
| "Väterliche Gewalt" wird gebrochen | S. 5 |
| Das "gesunde politische Denken" der EP | S. 7 |

Enteignung deutscher Gesellschaften im Saargebiet

Von unserem ständigen Saar-Mitarbeiter

Im Saar-Landtag wurde ein von der Hoffmann-Regierung vorgelegtes Gesetz zur Neuordnung der Rechtsverhältnisse öffentlich-rechtlicher und gemischt-wirtschaftlicher Körperschaften jetzt in zweiter Lesung verabschiedet. Die Regierung ist entschlossen, auch die 3. Lesung noch in diesem Monat durchzusetzen. Dieses Gesetz sieht eine Enteignung umfangreicher Vermögenswerte deutscher Gesellschaften an der Saar vor, die 1945 unter Sequester gestellt wurden und für die die Zwangsverwaltung jetzt aufgehoben wurde. Es handelt sich dabei insbesondere um die Vermögenswerte der ehemaligen Heimstätte Westmark mit Sitz in Neustadt an der Weinstraße in Höhe von 1,2 Milliarden Frs., der Deutschen Bau- und Bodenbank-AG. in Höhe von 900 Millionen Frs., sowie um Werte der ehemaligen Reichsrundfunkgesellschaft und der Buchprüfungs- und Treuhandgesellschaft mit Sitz in Berlin.

Für diese und andere Gesellschaften, deren Hypothekenguthaben mit 1:20 und deren Grundwerte mit 1:60 in französische Franken umgestellt wurden, soll aufgrund des Gesetzentwurfes durch das Finanz- und Wirtschaftsministerium der Saarregierung eine rein staatliche Gesellschaft mit 20 Millionen Franken als Eigentümerin eingesetzt werden. Eine Entschädigung an die ehemaligen Besitzer, zu denen auch u.a. Bezirkskörperschaften und Gemeinden

inner- und außerhalb des Saargebietes gehören, ist nicht vorgesehen. Generaldirektor der neuen Gesellschaft soll der französische Bankier und ehemalige Generaldirektor des Landesamtes Saar, Herr Frederic Schlachter - ein enger Vertrauter Hoffmanns - werden.

Als Argument für diese Enteignung ehemaligen deutschen Reichsbesitzes und des Besitzes der kommunalen Körperschaften wird von der Saarregierung angeführt, daß eine Regelung der Vermögensverhältnisse aus sozialen Gründen jetzt unbedingt erforderlich sei, weil bisher zahlreiche Siedlerstellen den Siedlern nicht übereignet werden konnten. Daß dies nur ein Vorwand ist, um die politische Bedeutung des Gesetzes zu bemänteln, beweist ein außerordentlich großzügiges Angebot der Heimstätte Westmark in Neustadt, das von der Hoffmann-Regierung nicht angenommen wurde. Die Heimstätte hatte sich verpflichtet, eine Zweigstelle in Saarbrücken zu gründen, die nur durch Saarländer besetzt werden sollte und die in ihrer Siedlungspolitik streng nach den saarländischen Bestimmungen gearbeitet hätte. Sie erklärte sich bereit, sofort 1600 noch nicht an die Siedler übertragene Siedlerstellen zu übereignen, die saarländischen Kreise und Gemeinden als Gesellschafter anzuerkennen und ihren Sitz und Stimme im Aufsichtsrat an der Saar und in Neustadt zu geben. Außerdem sollte das an der Saar befindliche Vermögen nicht transferiert werden.

All diese Angebote wurden ausgeschlagen, weil Herr Hoffmann für seinen angeblich autonomen Saarstaat eine eigene Gesellschaft braucht und jeden deutschen Einfluß in der Saarwirtschaft ausschalten will. Außerdem hat der Sequesterverwalter - Herr Schlachter - bereits über seine Befugnisse hinaus über deutsches Vermögen verfügt, indem er der Reichs-Luftfunkgesellschaft gehörigen Boden am Halberg, auf dem das Schloß des Hochkommissars Grenval steht, in Erbpacht vergeben hat.

Das dem Saar Landtag vorliegende Gesetz, das trotz scharfer Gegenargumente einiger oppositioneller Abgeordneter in 1. und 2. Lesung angenommen wurde, soll den schon geringen deutschen Einfluß noch mehr ausschalten und solchen deutschen Gesellschaften unmöglich machen, an der Saar zu arbeiten. Herr Hoffmann läßt sich eben nicht gerne in seine Karten sehen und öffnet das Land lieber seinen französischen Auftraggebern, die bereits in starkem Maße Eigentumsrechte in allen Zweigen der Saarwirtschaft erworben haben.

Ob die Bundesrepublik der Entfignung deutscher Vermögenswerte aus politischen Gründen während zwischen kann, ist eine andere Frage, die die zuständigen Stellen der Bundesregierung untersuchen sollten, ehe es zu spät ist. Auch mit diesem Gesetz werden an der Saar vollendete Tatsachen geschaffen, die auf eine dauernde Separation hinführen und die schlecht wieder zu korrigieren sind.

Amerikas "Linke" regt sich

H.St. - Washington

Der normale europäische Zeitungsläser muß, wenn er Nachrichten über die Innenpolitik der Vereinigten Staaten liest, zu dem Schluß kommen, daß eine gewaltige Offensive von "rechts" eingesetzt hat, die die herkömmlichen Parteiabgrenzungen verwischt und in einem machtvollen Ausbruch von Nationalismus, Militarismus und Antikommunismus alles, was links, gemäßigt, fortschrittlich und sozial-reformerisch denkt, von sich her treibt und zerschmettert. Wo sind die fortschrittlichen Kräfte geblieben, die immerhin zu Roosevelts Zeiten die Mehrheit der Bevölkerung darstellten?

Es ist dies eine ernste Frage, von deren Beantwortung, angesichts der Machtstellung Amerikas in der Welt, viel abhängt. Aber die Antwort ist nicht leicht zu geben, vor allem deswegen nicht, weil es in Amerika keine eigentliche fortschrittliche Partei gibt, weder eine bürgerlich-fortschrittliche, noch, erst recht nicht, eine sozialdemokratische Partei von Bedeutung. Die nicht-kommunistische "Linke" in den Vereinigten Staaten, die man ganz allgemein und ziemlich farblos als "Liberalen" bezeichnet, ist parteilös gesehen obdachlos; seit Roosevelt pflegen diese Leute mehrheitlich demokratisch zu stimmen, aber es hat dies mehr eine Politik des kleineren Übels als ein Ausdruck echter ideologischer Gemeinschaft. Präsident Truman pflegt ja von Zeit zu Zeit Vorstöße liberaler, fortschrittlicher Natur zu unternehmen - aber es fehlt ihm der aufwühlende Wille zur Reform, die entschlossene Kampfbereitschaft für "Freiheit, Friede, Fortschritt", die Roosevelt besaß hatte.

In der organisatorischen Heimtlosigkeit der amerikanischen Linken wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern; aber dieser seltsame und etwas unglückliche Zustand hindert diese "Liberalen" nicht daran, aktiv der Offensive von rechts entgegenzutreten - auch heute, und vielleicht sogar gerade jetzt in erhöhtem Umfang. Alle Elemente in diesem "liberalen" Lager haben dem Kommunismus den Kampf angesagt, wernützlich entschlossen und wachamer als die leicht in Hysterie verfallende Rechte - aber sie weigert sich unter dem Vorwand, den Kommunismus zu bekämpfen, zugleich der kinstärksten Reaktion die Tore zu öffnen. In demselben haben gut fortschrittlicher

gesinnte Senatoren den Kampf gegen die Remmungslosigkeit McCarthy aufgenommen; auf großen Gewerkschaftskongressen wurde erklärt, daß man keinen Karriereoffizier auf dem Präsidentensessel wolle, also eine Absage der Arbeiterschaft an eine Präsidentschaftskandidatur Eisenhowers und, erst recht natürlich, MacArthurs. Beide großen Gewerkschaftsverbände haben bereits jetzt die nötigen Schritte ergriffen, nach ihrer altbewährten Technik in den nächsten Wahlkampf einzugreifen: Sie haben untersucht, wie sämtliche jetzigen Mitglieder des Kongresses in wichtigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen abgestimmt haben und haben daraus eine Liste entwickelt, welche von ihnen sie zur Wiederwahl empfehlen, welche sie bekämpfen und bei welchen sie zur aktiven Unterstützung im Wahlkampf bereit sind; diese gewerkschaftlichen Listen haben schon oftmals den Wahlausgang entscheidend beeinflusst.

Endlich aber hat sich im Lager der Demokratischen Partei der eigentliche freiheitliche Flügel gemeldet und sein Wort zu den nächsten Präsidentschaftswahlen angemeldet. Senator Estes Kefauver, ein noch nicht fünfzigjähriger Mann aus dem Süden, der vor kurzem durch seinen Feldzug gegen Gangstertum und Korruption populär geworden ist, hat seine Anwartschaft auf die Präsidentschaftskandidatur der Demokratischen Partei angemeldet, und zwar unabhängig davon, ob sich etwa Präsident Truman selber zur Kandidatur entschließen sollte. Kefauver ist auf dem linken Flügel der Demokratischen Partei wahrscheinlich der klarste, entschlossenste und aktionsfreudigste Kopf und ein Mann von eiserner Unbestechlichkeit. Seinen Senatesieg 1948 hat er sich in heroischem Kampf gegen seine eigene demokratische Parteibürokratie errungen, die anstelle des unabhängigen Kefauver einen aus selbständigen, lehrbaren, kleinen Parteifunktionär in den Senat hatte schieben wollen. Im Senat hat er sich seither als einer der konsequentesten Bannerträger des alten Roosevelt-Geistes erwiesen. Alle Gewerkschaften ebenso wie die vielen kleineren Organisationen der freiheitlichen Intellektuellen stehen treu zu ihm - und selbst wenn Kefauver es 1952 nicht schaffen sollte, dann ist er noch jung genug, um weiterhin im Vordergrund zu bleiben und vielleicht vier oder acht Jahre später dann erpethaft "Krausstromen". In diesem nicht alltäglichen Maße hat die amerikanische Linke einen Sammelplatz und Vereinigungspunkt. Kefauver als Bannerträger des fortschrittlichen Teils des amerikanischen Volkes; Das ist ein neues Kraftzentrum, mit dem man klar kurz oder lang sehr ernstlich zu rechnen haben wird.

Die Entthronung der Männer steht bevor

d.g. Seit Monaten wird in Fachkreisen eine umfangreiche Denkschrift diskutiert, in welcher die Familienrechtsspezialistin des Bundesjustizministeriums die Frage der zur Gleichberechtigung von Mann und Frau erforderlichen Gesetzesänderungen untersucht. Die dort angesprochenen Probleme sind buchstäblich für jeden Einwohner der Bundesrepublik von Bedeutung; sie behandeln alle gesetzlichen Vorschriften von der Namensgebung des Kindes, über Unterhaltspflicht und elterliche Gewalt bis zum Ehevertrag und der Scheidung.

Diese Reform ist durch den Artikel 3 des Grundgesetzes notwendig geworden. In der vorliegenden Denkschrift werden anhand von Beispielen von den USA bis zur Chinesischen Volksrepublik ausländische Ehegüterrechte untersucht und Vorschläge zur Reform des deutschen Ehegüterrechtes gemacht, das freilich noch aus dem Jahre 1896 stammt und trotz der bald einsetzenden Kritik alle politischen und sozialen Umwälzungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in seiner ursprünglichen Gestalt überdauert hat. Seine familienrechtlichen Bestimmungen basieren noch auf der Vorwangsstellung des Mannes, der unumschränkter "Herr im Hause" ist. Damit soll es nun zu Ende gehen, weil diese Bestimmungen dem Grundgesetz widersprechen.

Die Durchführung der Gleichberechtigung im ehelichen Güterrecht bedeutet, daß das Gesetz Mann und Frau in Bezug auf die Verwaltung und Nutznießung ihres Vermögens- oder der beiderseitigen Vermögen - die gleiche Rechtsstellung zuweist. Auch ist vorgesehen, daß die neuen Bestimmungen jeden Ehegatten, insbesondere der Frau, das Recht auf eine Beteiligung an dem in der Ehe erzielten Gewinn geben und daß alles Vermögen, das nicht Gesamtvermögen wird, der Regeln der Gütertrennung unterstellt wird. Mit anderen Worten: Jeder Ehegatte soll in Zukunft Eigentümer des Vermögens bleiben, das er bei der Eheschließung hat und dessen, was er während der Ehe erwirbt. Selbstverständlich soll auch in Zukunft Ehevertragsfreiheit herrschen, denn die Ehegatten müssen die Möglichkeit haben, die Geltung des gesetzlichen Güterstandes für ihre Ehe auszuschließen und ihre güterrechtlichen Verhältnisse in einer anderen Weise zu regeln.

Bemerkenswert ist, daß bei der Familienrechtsreform auch mit

dem längst überholten Begriff des Aussteueranspruches aufgeräumt werden soll. Nach § 1620 BGB hat die Tochter bei ihrer Verheiratung einen Anspruch gegen ihren Vater auf Gewährung einer angemessenen Aussteuer. Wollte man eine solche Bestimmung heute noch beibehalten und sie mit der Gleichberechtigung in Einklang bringen, müßte man nicht nur beide Elternteile in Bezug auf die Aussteuerpflicht einander gleichstellen, sondern man müßte den Aussteueranspruch auch dem Sohne zugestehen. Es wird daher vorgeschlagen, den Anspruch zu beseitigen, weil unter den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen heute die Töchter häufig eher in der Lage sind, sich ihre Haushaltseinrichtung zu verdienen, als die Eltern instande sind, eine Aussteuer zu beschaffen.

Daß in Zukunft die Eltern das Recht haben sollen, gemeinsam zu bestimmen, ob die Kinder nur den Namen des Vaters oder den für Frauen neu zu schaffenden Doppelnamen der Mutter führen sollen, liegt gleichfalls im Sinne des Auftrages des Grundgesetzes. Auch die künftige Stellung der Frau zu den Kindern, ihre gleichberechtigte Mitwirkung bei der Verwaltung des Kindesvermögens mag manchen Hüter "väterlicher Gewalt" im Sinne des BGB von 1896 auf seinem Throne unsicher werden lassen. Unsicher sind aber auch schon die politischen Feinde einer Reform geworden, jene monopolisierten Hüter "christlicher Grundsätze", die - wie im CDU-Informationsdienst! - vom "gemeinschaftszerstörenden Individualismus" reden, der "nicht weit entfernt von bolschewistischen Auffassungen" sei. Die Vorrangstellung des Mannes kann aber weder mit dem Hinweis auf christliche Moral, noch auf abendländische Kultursitten gerechtfertigt werden, noch läßt sich die Notwendigkeit dieser längst fälligen Reformen damit entkräften, daß man ihre tapferen Verfechter ins "unchristliche Lager" schickt.

+ + +

(sp) In den Landesinformationen Schleswig-Holstein des parteiamtlichen Mitteilungsblattes der SRP wurden kürzlich wieder einmal einige sozialdemokratische Persönlichkeiten unter Beschuß genommen. Von Fritz Heine hieß es dabei, um seine gegenwärtige Position zu bezeichnen: "Organisationsleiter der SPD im Parteivorstand, Mitglied des Bundestages und Delegierter im Europarat". Nicht e i n e dieser drei Angaben trifft zu, obwohl man sie ohne weiteres hätte überprüfen können.

+ + +

Das "gesunde politische Denken" der DP

-dt. "Über die Dinge, die Deutschlands Schicksal entscheidend gestalten", sprach Dr. Hans Mühlenfeld, Vorsitzender der DP-Bundestagsfraktion, auf der Generalmitgliederversammlung der DP Hannover-Land. Den Weg der Vernunft zu gehen, sich gesundes, politisches Denken und den Blick für die Zukunft zu bewahren, das, so sagte Mühlenfeld seinen Parteifreunden, gehöre zum Ideengut der DP und habe zeitlose Gültigkeit.

Den "Blick für die Wirklichkeit" hatte sich Dr. Mühlenfeld auch bewahrt, als er am 24.11.1951 auf der Protestkundgebung in Salzgitter sprach. Die "Wirklichkeit", das waren in diesem Fall Arbeiter und Bürger von Salzgitter, die darüber empört waren, daß das alliierte Sicherheitsamt in Koblenz den Aufbau eines Stahlwerks in Salzgitter verboten hatte. Diese Empörung, das fühlte Dr. Mühlenfeld instinktsicher, galt es, mit "gesundem, politischem Denken" zu kompensieren. Das fiel dem ersten Parlamentarier der DP nicht schwer: "Die Entscheidung von Koblenz", so rief er mit 'zeitlos gültiger' Empörung aus, "ist ein Alarmruf für uns alle. Man soll nicht glauben, daß wir bereit sein werden, irgendeinen weiteren Schritt zu tun, sei es auch nur im Schuman-Plan, bevor nicht das Stahlwerk Salzgitter wieder aufgebaut ist".

Als es im Bundestag um den Schuman-Plan ging, ließ Dr. Mühlenfeld seinen "Blick für die Wirklichkeit" über seine Fraktion schweifen, dann besann er sich seines "gesunden, politischen Denkens" und hob gehorsam die zustimmende Hand. Die Entscheidung von Koblenz ist bis heute noch nicht zurückgenommen. - Das "gesunde politische Denken" à la Mühlenfeld geht solange zum Brannea, bis es der Wähler merkt. Dann ist es vorbei mit der 'zeitlosen Gültigkeit'.

+ + +
Merkwürdiges Zitieren

(sp) Eine große süddeutsche Zeitung befaßte sich dieser Tage, wie wohl fast jede andere im Bundesgebiet, mit dem Thema einer möglichen Zusammenarbeit von Regierung und Opposition in großen außenpolitischen Fragen. Dabei wurde, um die Auffassung der Regierung zu charakterisieren, ausführlich ein Artikel des Pressedienstes der CDU / CSU zitiert, der sich seinerseits kritisch mit einem Beitrag des SPD-Pressedienstes befaßte und wiederum diesen zitierte - natürlich unter Auswahl der Stellen, die ihr zur polemischen Auseinandersetzung besonders geeignet erschienen. Niemand kann das beanstanden, aber niemand kann auch sagen, daß darin eine objektive Wiedergabe des sozialdemokratischen Standpunktes zu sehen ist - mit Ausnahme der erwähnten süddeutschen Zeitung, die das lange Zitat aus dem CDU-Pressedienst mit der lapidaren Feststellung schließt: "Soweit die Äußerungen der pressepolitischen (gemeint ist wahrscheinlich parteipolitischen - d. R. d.) Organe". Eine recht merkwürdige Art, zu zitieren, wie man gegeben muß.

Verantwortlich: Peter Heuser